



ZOTRON – Dipl.-HTL-Ing. Dittmar Zoder

A-3272-Gießhübl, Rosendornberggasse 15
Tel./Fax: +43/2236/45718 oder +43/664/4528137

AGENDA 2013

In der Sorge um den Fortbestand der Währungsunion und die Zukunft Europas,

im Sinne der Wiedererlangung der Entscheidungshoheit der Politik über das Finanzwesen der Mitgliedsstaaten,

in der Annahme, dass alle bisher vorgelegten Lösungsansätze die Finanzierungsprobleme der in Not geratenen Länder der Währungsunion weder grundsätzlich noch nachhaltig lösen werden,

in der Feststellung, dass die Mehrheit der Länder der Währungsunion die Konvergenzkriterien des Stabilitätspaktes in der Vergangenheit nicht eingehalten hat,

in der Erkenntnis, dass eine funktionsfähige gemeinsame Währung eine funktionierende gemeinsame Währungspolitik voraussetzt,

sind folgende Überlegungen den Stabilitätspakt und die Staatsschulden unter dem Arbeitstitel **Agenda 2013** zusammengefasst:

A.) Stabilitätspakt 2013:

- i. **Die Länder der Währungsunion kommen überein, die ab dem Jahre 2013 notwendigen Staatsanleihen, ausschließlich bei der Europäischen Zentralbank zu zeichnen.**
*Damit ist eine Überschreitung der Neuverschuldungskriterien systembedingt á priori nicht mehr möglich! Auch Ratingagenturen sind somit bei der Staatsfinanzierung ohne Einfluss und vor allem wären die **entwürdigenden** „Troikabesuche“ nicht mehr nötig, da im Rahmen des nichtüberziehbaren Finanzrahmens die Länder automatisch gezwungen wären ihre finanziellen Angelegenheiten selbst zu gestalten. **Subsidiarität!***
- ii. **Die Höhe der Neuverschuldung für die Eurozone ist flexibel und wird jährlich unter Berücksichtigung der Wirtschaftslage der Währungsunion von einem Gremium bestehend aus EZB-Rat und den Wirtschafts- und Finanzministern der Eurozone neu festgelegt. Ausnahmen für in Not geratene Staaten –z.B. Griechenland- werden von oben genanntem Gremium festgelegt.**
*Mit dieser Flexibilität der Neuverschuldung ist ein **Steuerungselement** in der Eurozone gegeben, welches vor allem Arbeitslosigkeit und soziale Spannungen vermeiden helfen soll.*
- iii. **Die Schuldnerländer haften mit ihrem Staatsvermögen für ihre Schulden bei der EZB.**
- iv. **Die Erträge der EZB aus dem Titel der Staatsanleihen werden zur Strukturverbesserung wirtschaftlich schwacher Regionen und zur Abfederung sozialer Härten während der Strukturreform – siehe Griechenland etc. - eingesetzt.**
Verzinsung maximal 2%.

B.) Lösungsansätze für die derzeitige Staatsschuldenkrise der Euroländer:

- i. **Die EZB bürgt ab dem Jahre 2013 für sämtliche Staatsschulden der Euroländer und garantiert deren pünktliche Tilgung gegenüber den bisherigen Gläubigern.**

Die Verzinsung wird auf Grund der geänderten Rahmenbedingungen und Bonität unter Mitwirkung der zuständigen nationalen Zentralbanken von der EZB mit den derzeitigen Gläubigern neu verhandelt und sollte für alle Euroländer grundsätzlich und generell unter 2 Prozent liegen. Die dabei für die in Zahlungsschwierigkeiten geratenen Länder sich ergebenden Zinersparnisse würden zu einer rascheren wirtschaftlichen Genesung des jeweiligen Landes führen oder dessen Bankrott verhindern.

- ii. **Die Euroländer haften mit ihrem Staatsvermögen gegenüber der EZB für ihre jeweilige Staatsschuld und garantieren ihrerseits eine pünktliche Tilgung ihrer Schulden. Verstöße gegenüber dieser Verpflichtung können über entsprechende Verfahren zu einem Ausschluss des betreffenden Landes aus der Eurozone und dem Verfall eines Teiles seines Staatsvermögens zugunsten der EZB führen.**

- iii. **Der EZB-Rat gründet eine Arbeitsgruppe, die sich mit den Auswirkungen obiger Reform, der Arbeitslosigkeitsbekämpfung und einem „Abschmelzen“ des Schuldenberges etwa durch einen Schuldenschnitt in Prozentsätzen des BIP des jeweiligen Nationalstaates (reglementierte und gesteuerte Inflation), befasst.**

Die Rückzahlung der Staatsschulden ohne dass der private Finanzsektor das frei werdende Kapital wieder in Staatsanleihen veranlagen kann, sollte dazu benützt werden, die Realwirtschaft mit günstigen Krediten zu versorgen, eine nachhaltige Absicherung von Versicherungen und Rentenfonds zu ermöglichen, sowie den Banken die Bildung einer tragfähigen Eigenkapitalisierung zu erlauben.

- iv. **Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und damit die Verhinderung der damit verbundenen sozialen Spannungen sind prioritäre Ziele der Union.**

„Bringt Ideen herbei, vielleicht ist eine davon die Königin“

Dittmar Zoder

Nov. 2011
Modifiziert Nov. 2012

Agenda erging gleichlautend unter anderem an:

Fr. Bundeskanzlerin Angela Merkel, Hr. Präsident Nicolas Sarkozy, Hr. Präsident Francois Hollande, Hr. Präsident José Manuel Durao Barroso, Hr. Präsident Jean-Claude Juncker, sämtliche Mitglieder des EZB-Rates.